Polizeiemplare
87.36-653.9

Vertreter der Frankfurter Schule (Jüngere Generation)

Wellmer, Albrecht:

Praktische Philosophie und Theorie der Gesellschaft : Zum Problem d. normativen Grundlagen e. krit. Sozialwissenschaft / Albrecht

Wellmer

Konstanz : Univ., 1979. - 53 S.

Standort. L 114

Ref.: Klaus-Dieter Eichler

Referateblatt Philosophie 25 (1989) 2

Die in der bürgerlichen Ethikliteratur vielzitierte Universitätsrede des Konstanzer Philosophieprofessors Albrecht Wellmer wurde in erweiterter Fassung in dem Diskussionsband "Ethik und Marx" (Hrsg. v. G. Lohmann/E. Angehrn, Königstein/Ts. 1986) erneut publiziert. Das unterstreicht die theoretische Bedeutung der auf etwa 50 Seiten vorgestellten Überlegungen Wellmers zum Zusammenhang von Ethik und Gesellschaftstheorie. Die Beachtung dieser Rede resultiert vor allem daraus, daß Wellmer hier, wie es auch der Untertitel unschwer verrät, das Modell der kommunikationstheoretischen Grundlegung der Sozialwissenschaften durch Habermas und Apel als den gelungensten Versuch der Verbindung von praktischer Philosophie und empirischer Sozialwissenschaft in der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophiediskussion, etwa im Vergleich zu konstruktiver Ethik und Wissenschaftstheorie oder zu den Ansätzen von Rawls und Taylor darstellt.

Wellmer, der als Mitarbeiter am Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Sarnberg dort zu den Gesprächspartnern Habermas' gehörte, setzt sich in dieser Rede mit dem Kernproblem der Habermas'schen Theorie auseinander, der diskursethischen Bestimmung des Begriffs "praktische" oder "normative" Wahrheit. "'Wahr', daß heißt 'legitim' oder 'gerecht' im Sinne dieser Konstruktion wären Normen und Institutionen, die in einem zwanglosen Diskurs aller von ihnen Betroffenen Anerkennung finden könnten; oder, wie wir auch sagen können, über die ein 'vernünftiger' Konsens aller Betroffenen erzielt werden könnte" (S. 10). In den Diskussionen über praktische Fragen müsse ein solches Diskursprinzip von allen Diskussionspartnern anerkannt werden; es sei demzufolge universalpragmatisch begründbar. Damit ist die These verknüpft, daß der Sozialwissenschaftler immer schon vorweg mit seinem Gegenstand verbunden sei (Vgl. S. 11).

Wellmer zählt vier wesentliche Einwände gegen ein solches Diskursprinzip auf:

1. den wissenschaftstheoretischen Einwand, daß dieses Diskursprinzip das Prinzip der "Wertfreiheit" in Frage stelle,
2. den hermeneutischen Einwand, daß Grundnormen praktischer Rationalität (mit "geschichtsübergreifender" Geltung) leer seien und zum Dogmatismus führten,
3. den "gesellschaftstheoretischen" Einwand, daß der Begriff einer "vernünftigen" Organisation der Gesellschaft, den das Diskursprinzip impliziere, mythologisch sei und seine gesellschaftliche Realisierung zu Terror, Anarchie oder zur "Refeudalisierung" der Gesellschaft führe,

4. den begründungstheoretischen Einwand, daß eine universalpragmatische Begründung immer auf eine diskreditierte Begründung: naturalistische, transzendente oder spekulative zurückfalle.

Wellmer setzt sich zunächst mit dem 1. Einwand auseinander, er argumentiert unter Bezugnahme auf Arbeiten der Vertreter der konstruktiven Ethik und Wissenschaftstheorie, auf Taylors Kritik des Wertfreiheitspostulats und auf Erkenntnisse P. Winchs.

Sein Hauptaugenmerk richtet Wellmer jedoch auf die Kritik des 2. und 3. Einwandes. Nach seiner Meinung geht es im kommunikationstheoretischen Begründungsversuch nicht nur um das normative Fundament der Sozialwissenschaften, sondern auch um den normativen Horizont der Gesellschaft, in der wir leben (Vgl. S. 18). Insofern bezeichne das Diskursprinzip auch ein Prinzip demokratischer Legitimität. "Im Sinne dieses Prinzips wären Institutionen, wäre Macht legitim, wenn über ihren Anspruch auf Anerkennung in einem herrschaftsfreien Diskurs ein zwangloser Konsens aller Betroffenen erzielt werden könnte" (S. 18). Das diesem Legitimitätsprinzip zugrundeliegende Modell finde sich am klarsten in den Vertragskonstruktionen des modernen Naturrechts ausgebildet. Wellmer zeigt, daß die unter 2. und 3. formulierten Einwände gegen das Diskursprinzip bereits in Hegels Kritik des moralischen Standpunktes und in seiner Kritik der naturrechtlichen Demokratiekonzepte auftauchen:

Außerdem betont er, daß es angesichts der strukturellen Ähnlichkeit des Diskursprinzips mit den Vertragskonstruktionen des Naturrechts und der formalen Ethik Kants kein Zufall sei, daß die wichtigsten Argumente gegen das Diskursprinzip sich in Beziehung setzen lassen zu Einwänden, die sich schon bei Hegel finden. Wellmer unterstützt dagegen die These, daß das Diskursprinzip eine andere Kantkritik voraussetze, als Hegel sie im Auge gehabt habe. Indem er kurz auf die Kritik des Naturrechts bei Kant, Hegel und Marx und auf die formalen Aspekte der Ethik Kants verweist, betont er, "daß der eigentümlich formale Charakter eines diskursethischen Konsensprinzips begriffen werden muß im Sinne einer dialogischen Interpretation - oder 'Aufhebung' - des Kantischen Moralprinzips und daß er verstanden werden muß auf dem Hintergrund einer Ideologiekritik des modernen Naturrechts, dessen Prämissen noch der universalistischen Rechtstheorie Kants wie auch der Behandlung des 'abstrakten Rechts' bei Hegel zugrunde liegen" (S. 27). Das diskursethische Konsensprinzip verfare im Gegensatz zu Kants Vorgehensweise im Sinne des kategorischen Imperativs nicht monologisch, sondern dialogisch, denn es verweise auf die Praxis des Dialogs als einzig möglichem Verfahren, in dem erfaßt werden könne, ob wir eine Norm und die in sie eingehenden Interpretationen unserer Bedürfnisse gemeinsam als richtig anerkennen könnten und sollten. Von den Vertragskonstruktionen unterscheide es sich darin, daß das diskursethische Verfahren selbst zum Kriterium möglicher Konsense erhoben würde (Vgl. S. 29). Da in einem solchen Konsensprinzip nur die gewaltlose wechselseitige Anknennung der Individuen als einziger normativer Inhalt existiere, sei hier die Kantische Intention besser getroffen, da alle Dimensionen gesellschaftlicher Faktizität in den Diskurs einbezogen seien.

Nach diesen einleitenden Erörterungen widmet sich Wellmer den unter 2. und 3. formulierten Einwänden gegen die Diskursethik. Gegen den 2. Einwand macht er geltend, daß hier zwei Untersuchungs-

ebenen verwechselt würden, die des Legitimationsprinzips und die der gesellschaftlichen Organisationsform. Dem Einwurf, das Diskursprinzip sei eine Utopie, begegnet er mit der Überlegung, daß das Diskursprinzip insofern eine Utopie bezeichne, da es davon ausgeht, daß allen Menschen das Recht eingeräumt würde, Gründe für Entscheidungen und Normen zu fördern, die etwas von ihnen verlangen (Vgl. S. 38). In seinen Ausführungen betont er, daß sich aus dem Begriff der praktischen Vernunft wie auch aus dem Diskursprinzip nicht einfach ableiten ließe, was zu tun sei, daß lediglich die Richtung angegeben werden könnte. Dagegen führe ein angebliches Veralten der Idee der praktischen Vernunft, das die Systemtheorie aufwirft, immer zur Selbstentmündigung der handelnden Individuen.

Schließlich wendet sich Wellmer dem hermeneutischen Einwand zu, nach dem mit der Idee eines "herrschaftsfreien Diskurses" nur scheinbar ein objektiver Maßstab für das Maß an praktischer Rationalität gewonnen sei. Habermas versuche, diesen Maßstab dadurch zu erfüllen, daß er auf die Strukturbedingungen "idealer Sprechsituationen" rekurriere. Nach Wellmer liefern die Strukturmerkmale einer "idealen Sprechsituation" kein zureichendes Kriterium für die Rationalität von Diskursen, weil es nicht unabhängig von dem Verständnis und der Beurteilung konkreter Diskursituationen anwendbar sei ohne Hilfe zusätzlicher Kriterien.

Der hermeneutische Einwand richte sich eigentlich nur gegen ein objektivistisches Mißverständnis praktischer Prinzipien, insofern man annehme, aus ihnen Handlungsanweisungen für konkrete Situationen ableiten zu können. Wellmer hält fest, daß der Bezug auf ein Diskursprinzip praktischer Wahrheit die Wahrheit und Objektivität sozialwissenschaftlicher Aussagen nicht verbürgen könne, und umgekehrt träfen hermeneutische Einwände nicht den Versuch, die Möglichkeitsbedingungen einer kritischen Sozialwissenschaft durch Rekurs auf einen Begriff praktischer Wahrheit zu erläutern.

Die wichtige Frage nach der Begründung und dem Erkenntnisgewinn des diskursethischen Konsensprinzips stellt Wellmer am Schluß seiner Rede. Er bringt die Überlegung ein, daß eine transzendental- oder (universal)-pragmatische Letztbegründung kommunikativer Ethik nicht möglich ist, "daß in die Rechtfertigung universalistischer Prinzipien die Geschichte ihrer Herausarbeitung - im Sinne einer Geschichte der Institutionen und Revolutionen ebenso wie in dem der Entwicklung des moralischen Bewußtseins und der Ich-Identität - mit eingeht" (S. 51). Insofern gibt er zu bedenken, ob die Frage nach der Begründbarkeit eines Diskursprinzips nicht zu denjenigen Fragen gehöre, durch die sich an unserem Welt- und Selbstverständnis nichts ändere, und damit nicht eine falsche Frage gestellt sein könnte. Diesem Argument Wellmers vermag sich der Referent nicht zu verschließen.